

11.03.2025  
031b

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ



*Es gilt das gesprochene Wort!*

**Statement**

**von Erzbischof Dr. Udo Markus Bentz (Paderborn),  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Naher und Mittlerer Osten der  
Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz,  
im Pressegespräch „Angst und Hoffnung: Zur Lage  
der Christen zwischen Damaskus und Bagdad“  
zur Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz  
am 11. März 2025 im Kloster Steinfeld**

Wir haben innerhalb der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz eine eigene Arbeitsgruppe für den Nahen und Mittleren Osten. Die besondere Situation der Christen seit vielen Jahren legt eine solche eigene Arbeitsgruppe nahe. Dort arbeiten wir eng mit den in der Region engagierten Bischöflichen Hilfswerken zusammen. Vom 30. Januar bis 6. Februar 2025 konnte ich ausgewählte Gebiete des Irak intensiver kennenlernen. Dabei ging es unserer Delegation vor allem darum, sich mit der immer kleiner werdenden christlichen Minderheit vor Ort solidarisch zu zeigen und die Entwicklungen der letzten Jahre – gerade auch aufgrund unserer Aufbauhilfe – genauer wahrzunehmen.

Das Christentum kann und muss in dieser Region trotz aller Bedrängnis eine Zukunft haben. Immer wieder bekomme ich von meinen Gesprächspartnern gesagt: Wir sind nicht die Christen im Orient, wir sind die Christen des Orients und gehören hierher und zur Kultur des Orients dazu. Aber die Rahmenbedingungen sind schwierig. Nach wie vor. Um die extreme Abwanderung zu stoppen, muss jenen Christen, die im Land verblieben sind, eine Bleibeperspektive geschaffen werden. Die Verfassung des Irak z. B. kennt die Garantie von Minderheitenrechten, ähnlich im Libanon. Es liegt am Staat, diese auch einzuhalten. Gerade hier sehe ich eine wichtige Parallele zu Syrien. Die Entwicklungen beim Nachbarn seit Dezember 2024 werfen neue Fragen und Sorgen vor allem unter den religiösen Minderheiten des Irak, wie Christen, Jesiden und Kurden, auf. Die Zusagen der syrischen Regierung unter dem Übergangspräsidenten Ahmed al-Sharaa in Bezug auf die Religionsfreiheit und die Rechte von Minderheiten werden im Irak mit Skepsis betrachtet.

*Herausgeberin*  
Dr. Beate Gilles  
Generalsekretärin  
der Deutschen Bischofskonferenz

*Redaktion*  
Dr. Matthias Kopp (verantwortl.)  
Pressesprecher

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 103 214  
Fax: +49 (0) 228 103 254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)

dbk.de  
[facebook.com/dbk.de](http://facebook.com/dbk.de)  
[x.com/dbk\\_online](http://x.com/dbk_online)  
[youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz](http://youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz)  
[instagram.com/bischofskonferenz](http://instagram.com/bischofskonferenz)

Meine Gesprächspartner im Irak waren im Februar allesamt zurückhaltend. Da war eine deutliche Ambivalenz zu spüren: Einerseits die Möglichkeiten einer wiedergewonnenen Freiheit. Andererseits Vorsicht und Zurückhaltung, wie tragfähig die Zusagen des Regimes wirklich sind. Wird es dem Staat dort gelingen, die bisher verbrieften ethnischen und religiösen Minderheitenrechte einzuhalten? Man war erstaunt darüber, wie schnell und wenig kritisch die internationale Politik kurz nach dem Sturz von Bashar al-Assad auf das neue Regime zugegangen ist. Die Entwicklungen der letzten Tage haben gezeigt, dass die Skepsis meiner Gesprächspartner im Irak ihren berechtigten Grund hatte.

Die Entwicklung des politischen Agierens von Präsident Ahmed al-Scharaa ist mehr als besorgniserregend. Es ist dringend notwendig abzuwarten, ob al-Scharaa seinen hehren Worten vom November – alle Minderheiten achten zu wollen – wirklich rechtliche Taten folgen lässt. Und wir sehen erschüttert, was jetzt passiert. Die Worte waren leeres Gerede, zumindest gegenüber der Minderheit der Alawiten. Es macht mich sprachlos, wenn ich die Bilder und Nachrichten der Massaker aus dem Großraum Latakia höre. Hier zeigt al-Scharaa sein Handeln, das einer politischen Antwort international bedarf. Es ist geradezu menschenverachtend, wenn er davon spricht, dass dies Maßnahmen „im erwartbaren Umfang“ seien. Die internationale Politik muss alles tun, um die Machthaber in Syrien an ihre eigenen Worte von Toleranz und Respekt gegenüber allen Bevölkerungsgruppen im November zu erinnern.

Eine Sorge der Irakerinnen und Iraker ist mir besonders drastisch vor Augen geführt worden: Die Angst vor einer erneuten Infiltration von Syrien her durch den „IS“ ist im Irak groß, und zwar gerade dann, wenn die neuen Machthaber in Damaskus sukzessive beginnen, die mit IS-Kämpfern gefüllten Gefängnisse zu öffnen. Ich bin überzeugt: Europa muss den Irak bei seinen Maßnahmen unterstützen, die verhindern, dass der IS neuen Nährboden zwischen Euphrat und Tigris findet. Das gilt für die gesamte Region. Die Entwicklungen seit dem Machtwechsel in Syrien, in die bisher viele Hoffnungen gelegt werden und die jetzt eine solch katastrophale Kehrtwende nehmen, können also weder den Irak noch die internationale Gemeinschaft gleichgültig lassen.

Eine weitere Verbindungsleitung ist zu ziehen: Im Irak konnte ich wahrnehmen, wie sehr die Einflussnahme des Iran und die Entwicklungen im Gazastreifen auch für den Irak weitreichende Folgen haben. Zudem tragen politische Entscheidungen internationaler Akteure zur Verunsicherung bei, wie beispielsweise die abrupte Aussetzung der USAID-Programme durch die neue Trump-Administration; humanitäre Hilfen und Wiederaufbauprojekte wurden mindestens vorläufig gestoppt. Das ist in manchen Bereichen der kurdischen Region im Norden des Irak – unmittelbar benachbart zu Syrien – folgenreich.

Wir erleben in Syrien trotz des mehr als ein Jahrzehnt wütenden Bürgerkriegs ein ungebrochenes Engagement der christlichen Minderheit für die Zivilgesellschaft. Das ist vorbildlich für die Region, trotz aller Bedrängnis. Und mindestens ebenso eindrucksvoll ist der

Einsatz von Christen im Irak, die trotz aller Schwierigkeiten zahlreiche caritative Projekte und Initiativen realisieren. Insbesondere der Einsatz der Caritas Irak oder des ökumenischen Hilfswerkes CAPNI („Christian Aid Program Northern Iraq“) stehen für das beeindruckende zivilgesellschaftliche Engagement der Christen. Optimistisch stimmt auch, dass vor allem in der Ninive-Ebene viele Kirchen, die durch den IS zerstört worden sind, mit der Unterstützung katholischer Hilfswerke in Deutschland wiederaufgebaut werden konnten. Besonders beeindruckend lässt sich dies in Mossul beobachten, dessen Kirchenruinen dem IS als Hintergrund für die Ausrufung des Kalifats gedient hatten. Auch hier kehrt langsam das öffentliche religiöse Leben wieder zurück. Schauen wir auf den Irak, kann man erkennen, welche Aufgaben in Syrien bevorstehen.

Im Bagdad bin ich bei einem ökumenischen Treffen junger Christen gewesen. Gemeinsam mit Pro Oriente in Österreich unterstützen wir solche Vernetzungstreffen junger Christen. Wir können dabei lernen, dass es gerade die junge Generation ist, die ein ökumenisches Verständnis für das Zusammenleben als Minderheit entwickelt. Für sie ist die Erfahrung von Gemeinschaft und die Möglichkeit, sich gegenseitig auch über die eigene Kirche, die eigene Konfession hinaus zu stärken, ganz wichtig. Für sie weitert das die Perspektive. Man muss sich vorstellen, dass die jungen Leute in den oft sehr kleinen Gemeinschaften vor Ort durch solche Begegnungen erleben, dass sie eben doch keine Exoten sind. Solche Treffen stärken das Selbstbewusstsein der christlichen Minderheit.

Die Sorge der Bischöfe vor Ort fokussiert sich auf die institutionelle Absicherung. Sie engagieren sich auch für die politischen Rahmenbedingungen. Es geht darum, dass die Christen in der Gesellschaft die gleichen Rechte bekommen, die ihnen die Verfassung tatsächlich zusagt. Diese Dinge müssen umgesetzt, gelebt und verwirklicht werden.

Für den Irak bleibe ich daher bedingt zuversichtlich, dass es an Euphrat und Tigris eine bessere und stabilere Zukunft gibt, die ich Syrien ebenso wünsche. Trotz der widrigen Umstände und der unsicheren Zukunftsperspektive geben die Christen dort ein eindrucksvolles Zeugnis der Hoffnung, das auch für die Christen in unserem Land Vorbild sein kann. Wir sind Pilger der Hoffnung. Gerade jetzt im Heiligen Jahr sollen wir unsere Hoffnung neu entdecken und stärken. Sie ist eine Kraft, die uns nicht resignieren lässt. Hoffnung lässt uns voranschreiten. Sie hilft, Vergangenes zu verarbeiten und Zukunftsängste zu bewältigen.